

Gesetz- und Verordnungsblatt



Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin
Herausgeber: Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung

74. Jahrgang Nr. 19

Berlin, den 27. Juli 2018

03227

| | | |
|-----------|--|-----|
| 27.6.2018 | Verordnung über die Verlängerung der Veränderungssperre XIV-24-1/31 im Bezirk Neukölln. | 482 |
| 27.6.2018 | Verordnung über die weitere Verlängerung der Veränderungssperre XIV-60/29 im Bezirk Neukölln, Ortsteil Britz | 483 |
| 5.7.2018 | Neunundzwanzigste Verordnung über die Neufestsetzung der Leistungen nach Teil II des Gesetzes über die Anerkennung und Versorgung der politisch, rassistisch oder religiös Verfolgten des Nationalsozialismus (29. VO-PrVG) | 484 |
| | 251-1 | |
| 9.7.2018 | Verordnung über die Veränderungssperre 10-81b G/32 im Bezirk Marzahn-Hellersdorf, Ortsteil Marzahn | 485 |
| 10.7.2018 | Verordnung gemäß § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 des Baugesetzbuchs zur Änderung der Erhaltungsverordnung gemäß § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 des Baugesetzbuchs für das Gebiet „Graefestraße“ im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin vom 30. Mai 1995 (GVBl. S. 484) | 486 |
| | 2130-3-35 | |
| 10.7.2018 | Verordnung gemäß § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Baugesetzbuchs zur Änderung der Erhaltungsverordnung gemäß § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 des Baugesetzbuchs für das Gebiet „Luisenstadt“ im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Mai 1995 (GVBl. S. 486), die zuletzt durch Verordnung vom 28. November 2017 (GVBl. S. 670) geändert worden ist | 489 |
| | 2130-3-36 | |
| 10.7.2018 | Verordnung gemäß § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Baugesetzbuchs zur Änderung der Erhaltungsverordnung gemäß § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Baugesetzbuchs für das Gebiet „Bergmannstraße-Nord“ im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin vom 4. Februar 2003 (GVBl. S. 119) | 492 |
| | 2130-3-93 | |
| 17.7.2018 | Verordnung zur Verhütung von Schäden durch Kampfmittel (Kampfmittelverordnung – KampfmittelV) 2011-1-9 | 495 |
| 4.7.2018 | Veröffentlichung zum Bestand des Sondervermögens Immobilien des Landes Berlin | 497 |
| | 630-10 | |
| 5.7.2018 | Veröffentlichung zum Bestand des Sondervermögens Immobilien des Landes Berlin | 498 |
| | 630-10 | |

Verordnung
über die Verlängerung der Veränderungssperre XIV-24-1/31 im Bezirk Neukölln
Vom 27. Juni 2018

Auf Grund des § 16 Absatz 1 und des § 17 Absatz 1 Satz 3 des Baugesetzbuchs in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), in Verbindung mit § 13 Absatz 1 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 7. November 1999 (GVBl. S. 578), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Fünften Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs vom 6. Dezember 2017 (GVBl. S. 664), wird verordnet:

§ 1

Die durch Verordnung vom 19. Juli 2017 (GVBl. S. 409) erlassene Vorschrift wird um ein Jahr bis zum 10. August 2019 verlängert.

§ 2

Wer die Rechtswirksamkeit dieser Verordnung überprüfen lassen will, muss eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs innerhalb eines Jahres seit der Verkündung dieser Verordnung schriftlich gegenüber dem Bezirksamt Neukölln von Berlin geltend machen; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen. Nach § 32 Absatz 2 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs wird die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften dieses Gesetzes nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist unbeachtlich. Die Beschränkung des Satzes 1 gilt nicht, wenn die für die Verkündung dieser Verordnung geltenden Vorschriften verletzt worden sind.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 27. Juni 2018

Bezirksamt Neukölln von Berlin

| | |
|----------------------|----------------------------|
| Martin H i k e l | Jochen B i e d e r m a n n |
| Bezirksbürgermeister | Bezirksstadtrat |

Verordnung
über die weitere Verlängerung der Veränderungssperre XIV-60/29
im Bezirk Neukölln, Ortsteil Britz

Vom 27. Juni 2018

Auf Grund des § 16 Absatz 1 und des § 17 Absatz 2 des Baugesetzbuchs in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), in Verbindung mit § 13 Absatz 1 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 7. November 1999 (GVBl. S. 578), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Fünften Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs vom 6. Dezember 2017 (GVBl. S. 664), wird verordnet:

§ 1

Die durch Verordnung vom 20. Juli 2015 (GVBl. S. 342) erlassene und durch Verordnung vom 19. Juli 2017 (GVBl. S. 410) bis zum 28. August 2018 verlängerte Veränderungssperre wird um ein weiteres Jahr bis zum 28. August 2019 verlängert.

§ 2

Wer die Rechtswirksamkeit dieser Verordnung überprüfen lassen will, muss eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs innerhalb eines Jahres seit der Verkündung dieser Verordnung schriftlich gegenüber dem Bezirksamt Neukölln von Berlin geltend machen; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen. Nach § 32 Absatz 2 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs wird die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften dieses Gesetzes nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist unbeachtlich. Die Beschränkung des Satzes 1 gilt nicht, wenn die für die Verkündung dieser Verordnung geltenden Vorschriften verletzt worden sind.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 27. Juni 2018

Bezirksamt Neukölln von Berlin

Martin H i k e l

Bezirksbürgermeister

Jochen B i e d e r m a n n

Bezirksstadtrat

Neunundzwanzigste Verordnung
über die Neufestsetzung der Leistungen nach Teil II
des Gesetzes über die Anerkennung und Versorgung der
politisch, rassisch oder religiös Verfolgten des
Nationalsozialismus (29. VO-PrVG)

Vom 5. Juli 2018

Auf Grund des Artikels II des Zehnten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Anerkennung und Versorgung der politisch, rassisch oder religiös Verfolgten des Nationalsozialismus vom 23. Juli 1974 (GVBl. S. 1650) verordnet im Einvernehmen mit der Senatsverwaltung für Finanzen die Senatsverwaltung für Inneres und Sport:

§ 1

Die Leistungen nach Teil II des Gesetzes über die Anerkennung und Versorgung der politisch, rassisch oder religiös Verfolgten des Nationalsozialismus in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Januar 1991 (GVBl. S. 38), das zuletzt durch Verordnung vom 14. August 2017 (GVBl. S. 418) geändert worden ist, werden wie folgt festgesetzt:

1. Die Beträge in § 13 Absatz 1 des Gesetzes werden erhöht

| | |
|-----------------|-------------------|
| von 361,53 Euro | auf 373,17 Euro |
| von 827,51 Euro | auf 854,16 Euro |
| von 978,12 Euro | auf 1009,62 Euro. |
2. Die Beträge in § 14 Absatz 2 des Gesetzes werden erhöht

| | |
|-----------------|------------------|
| von 299,39 Euro | auf 309,03 Euro |
| von 595,68 Euro | auf 614,86 Euro. |
3. Die Beträge in § 17 des Gesetzes werden erhöht
 - a) in Absatz 1

| | |
|-----------------|-----------------|
| von 903,76 Euro | auf 932,86 Euro |
| von 452,52 Euro | auf 467,09 Euro |
 - b) in Absatz 2

| | |
|-----------------|------------------|
| von 224,56 Euro | auf 231,79 Euro |
| von 113,52 Euro | auf 117,18 Euro. |

§ 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Juli 2018 in Kraft.

Berlin, den 5. Juli 2018

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

G e i s e l

Verordnung
über die Veränderungssperre 10-81b G/32
im Bezirk Marzahn-Hellersdorf, Ortsteil Marzahn

Vom 9. Juli 2018

Auf Grund des § 16 Absatz 1 des Baugesetzbuchs in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), in Verbindung mit § 13 Absatz 1 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 7. November 1999 (GVBl. S. 578), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Fünften Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs vom 6. Dezember 2017 (GVBl. S. 664), wird verordnet:

§ 1

Für das Grundstück Landsberger Allee 494 im Bezirk Marzahn-Hellersdorf, Ortsteil Marzahn, für das das Bezirksamt neben anderen Grundstücken die Aufstellung eines Bebauungsplans beschlossen hat, tritt eine Veränderungssperre gemäß § 14 des Baugesetzbuchs ein.

§ 2

Je ein Übersichtsplan mit den Grenzen des räumlichen Geltungsbereichs der Veränderungssperre liegt zur kostenfreien Einsichtnahme beim Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin, Abteilung Stadtentwicklung, Gesundheit, Personal und Finanzen, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung und Fachbereich Bauaufsicht, Wohnungsaufsicht und Denkmalschutz, aus.

§ 3

Auf die Vorschriften über

1. die Geltendmachung und die Herbeiführung der Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche für eingetretene Vermögensnachteile durch die Veränderungssperre (§ 18 Absatz 2 Satz 2 und 3 des Baugesetzbuchs) und

2. das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen bei nicht fristgemäßer Geltendmachung (§ 18 Absatz 3 des Baugesetzbuchs) wird hingewiesen.

§ 4

Wer die Rechtswirksamkeit dieser Verordnung überprüfen lassen will, muss eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs innerhalb eines Jahres seit der Verkündung dieser Verordnung schriftlich gegenüber dem Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin geltend machen; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen. Nach § 32 Absatz 2 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs wird die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften dieses Gesetzes nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist unbeachtlich. Die Beschränkung des Satzes 1 gilt nicht, wenn die für die Verkündung dieser Verordnung geltenden Vorschriften verletzt worden sind.

§ 5

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 9. Juli 2018

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin

Dagmar P o h l e

Bezirksbürgermeisterin und Leiterin der Abteilung
Stadtentwicklung, Gesundheit, Personal und Finanzen

Verordnung

gemäß § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 des Baugesetzbuchs zur Änderung der Erhaltungsverordnung gemäß § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 des Baugesetzbuchs für das Gebiet „Graefestraße“ im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin vom 30. Mai 1995 (GVBl. S. 484)

Vom 10. Juli 2018

Auf Grund des § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 30 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs (AGBauGB) in der Fassung vom 7. November 1999 (GVBl. S. 578), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. Dezember 2017 (GVBl. S. 664), wird verordnet:

§ 1

Erweiterung des Geltungsbereichs

Der räumliche Geltungsbereich der Erhaltungsverordnung „Graefestraße“ wird um den mittleren Teil des Blocks 016203 zwischen Urbanstraße, Hermannplatz, Hasenheide und Jahnstraße erweitert. Westlich wird es durch die Grundstücke an der Jahnstraße begrenzt, die bereits zu dem sozialen Erhaltungsgebiet Graefestraße gehören (Erweiterungsfläche siehe Anhang 1). Damit gilt die Verordnung zur Erhaltung der städtebaulichen Eigenart und der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung gemäß § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 BauGB für das in der anliegenden Karte mit einer durchgezogenen Linie eingegrenzte Gebiet „Graefestraße“ im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin. Die Innenkante der Linie bildet die Gebietsgrenze. Die Karte ist Bestandteil dieser Verordnung (Anhang 2).

§ 2

Zuständigkeit

Die Durchführung der Verordnung obliegt dem Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin.

§ 3

Verletzung von Vorschriften

(1) Wer die Rechtswirksamkeit dieser Verordnung überprüfen lassen will, muss

1. eine beachtliche Verletzung der Verfahrens- und Formvorschriften, die in § 214 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3 des BauGB bezeichnet sind,

2. nach § 214 Absatz 3 Satz 2 des BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges,
3. eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften, die im AGBauGB enthalten sind,

innerhalb eines Jahres seit der Verkündung dieser Verordnung gegenüber dem Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin schriftlich geltend machen. Der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen. Nach Ablauf der in Satz 1 genannten Fristen werden die in den Nummern 1 bis 3 genannten Verletzungen oder Mängel gemäß § 215 Absatz 1 BauGB und gemäß § 32 Absatz 2 AGBauGB unbeachtlich.

(2) Die Beschränkung des Absatzes 1 gilt nicht, wenn die für die Verkündung dieser Verordnung geltenden Vorschriften verletzt worden sind.

§ 4

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 10. Juli 2018

Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin

M i l d n e r - S p i n d l e r

S c h m i d t

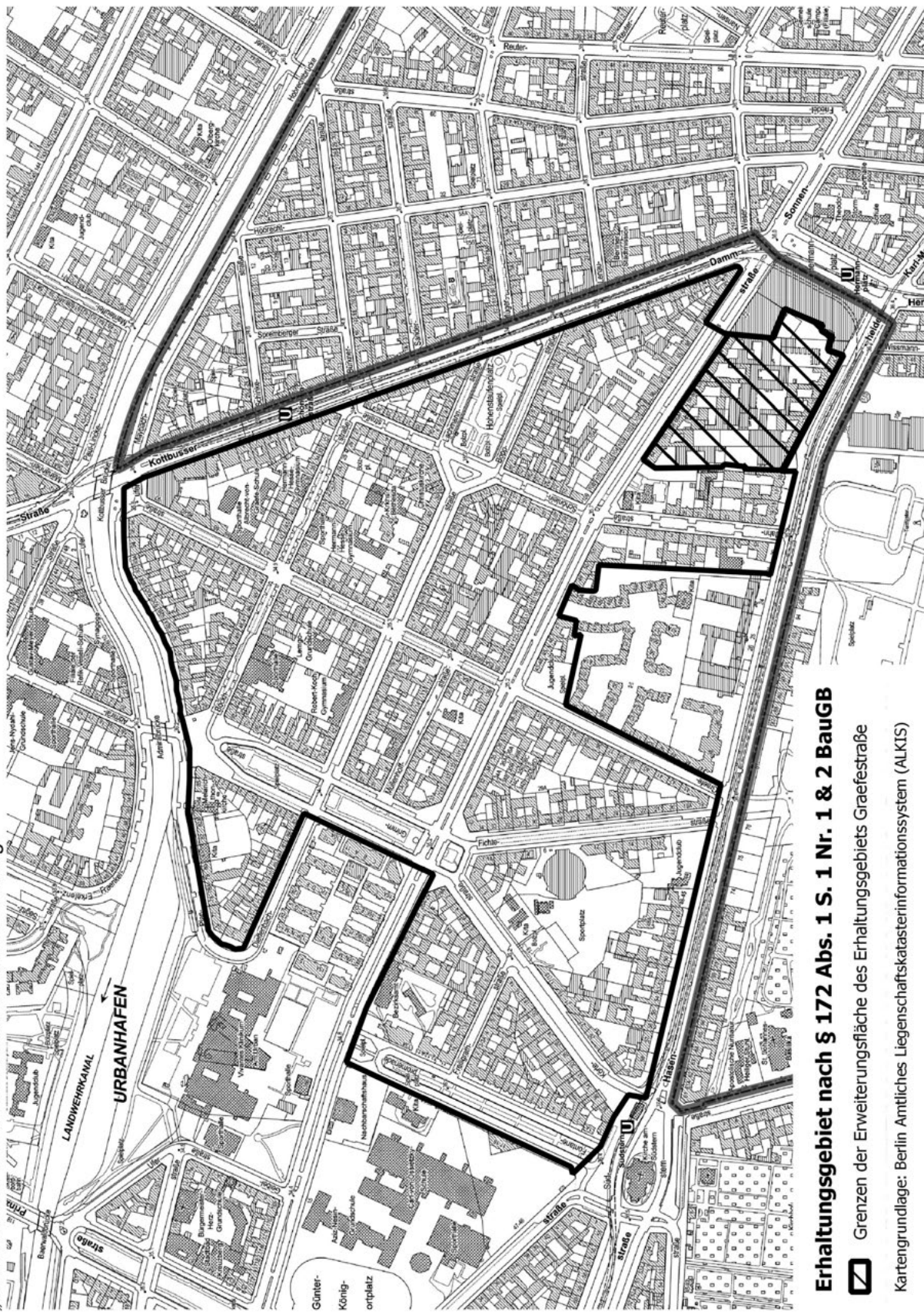
Stellvertretender
Bezirksbürgermeister

Bezirksstadtrat für Bauen, Planen
und Facility Management


Anhang (2 Karten)

Anhang 1: Karte der Erweiterungsfläche

Zu §1 der Verordnung zur Änderung der Erhaltungsverordnung gemäß 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 BauGB für das Gebiet „Graefestraße“ im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.



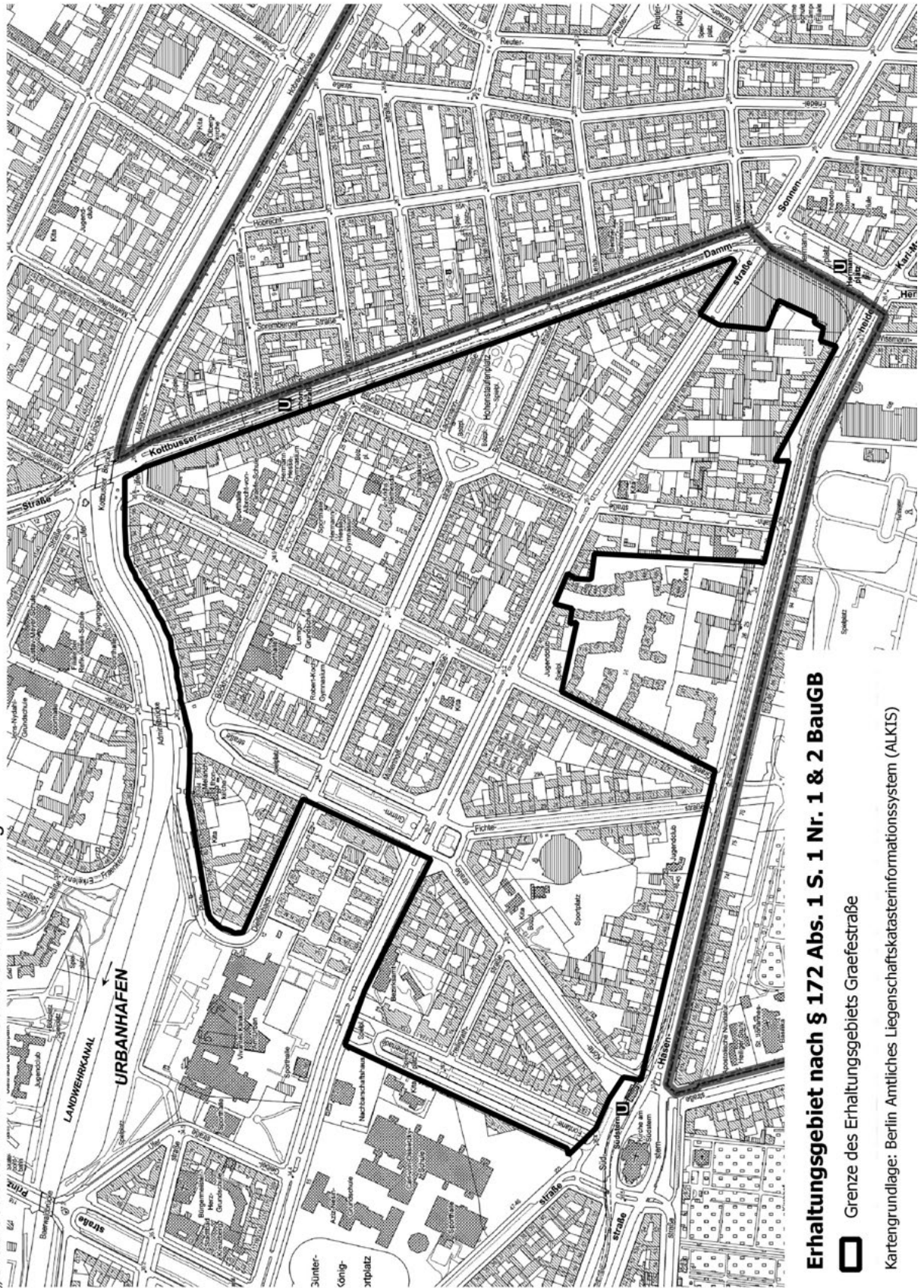
Erhaltungsgebiet nach § 172 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 & 2 BauGB

 Grenzen der Erweiterungsfläche des Erhaltungsgebiets Graefestraße

Kartengrundlage: Berlin Amtliches Liegenschaftskatastersystem (ALKIS)

Anhang 2: Karte des Erhaltungsgebiets „Graefestraße“

Zu §1 der Verordnung zur Änderung der Erhaltungsverordnung gemäß 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 BauGB für das Gebiet „Graefestraße“ im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.



Erhaltungsgebiet nach § 172 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 & 2 BauGB

 Grenze des Erhaltungsgebiets Graefestraße
Kartengrundlage: Berlin Amtliches Liegenschaftskatastersystem (ALKIS)

Verordnung

**gemäß § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Baugesetzbuchs
zur Änderung der Erhaltungsverordnung gemäß § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2
des Baugesetzbuchs für das Gebiet „Luisenstadt“ im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg
von Berlin in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Mai 1995 (GVBl. S. 486),
die zuletzt durch Verordnung vom 28. November 2017 (GVBl. S. 670) geändert worden ist**

Vom 10. Juli 2018

Auf Grund des § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 30 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs (AGBauGB) in der Fassung vom 7. November 1999 (GVBl. S. 578), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. Dezember 2017 (GVBl. S. 664), wird verordnet:

§ 1

Erweiterung des Geltungsbereichs

Der räumliche Geltungsbereich der Erhaltungsverordnung „Luisenstadt“ wird um die Blöcke Lausitzer Platz Nord (014090, 014092 und 014093), Schlesische Straße Nord (014114 und 014115) und Ratiborstraße Ost (015143) erweitert (Erweiterungsfläche siehe Anhang 1). Damit gilt die Verordnung zur Erhaltung der städtebaulichen Eigenart und der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung gemäß § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 BauGB für das in der anliegenden Karte mit einer durchgezogenen Linie eingegrenzte Gebiet „Luisenstadt“ im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin. Die Innenkante der Linie bildet die Gebietsgrenze. Die Karte ist Bestandteil dieser Verordnung (Anhang 2).

§ 2

Zuständigkeit

Die Durchführung der Verordnung obliegt dem Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin.

§ 3

Verletzung von Vorschriften

(1) Wer die Rechtswirksamkeit dieser Verordnung überprüfen lassen will, muss

1. eine beachtliche Verletzung der Verfahrens- und Formvorschriften, die in § 214 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3 des BauGB bezeichnet sind,

2. nach § 214 Absatz 3 Satz 2 des BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges,
3. eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften, die im AGBauGB enthalten sind,

innerhalb eines Jahres seit der Verkündung dieser Verordnung gegenüber dem Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin schriftlich geltend machen. Der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen. Nach Ablauf der in Satz 1 genannten Fristen werden die in den Nummern 1 bis 3 genannten Verletzungen oder Mängel gemäß § 215 Absatz 1 BauGB und gemäß § 32 Absatz 2 AGBauGB unbeachtlich.

(2) Die Beschränkung des Absatzes 1 gilt nicht, wenn die für die Verkündung dieser Verordnung geltenden Vorschriften verletzt worden sind.

§ 4

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 10. Juli 2018

Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin

M i l d n e r - S p i n d l e r

S c h m i d t

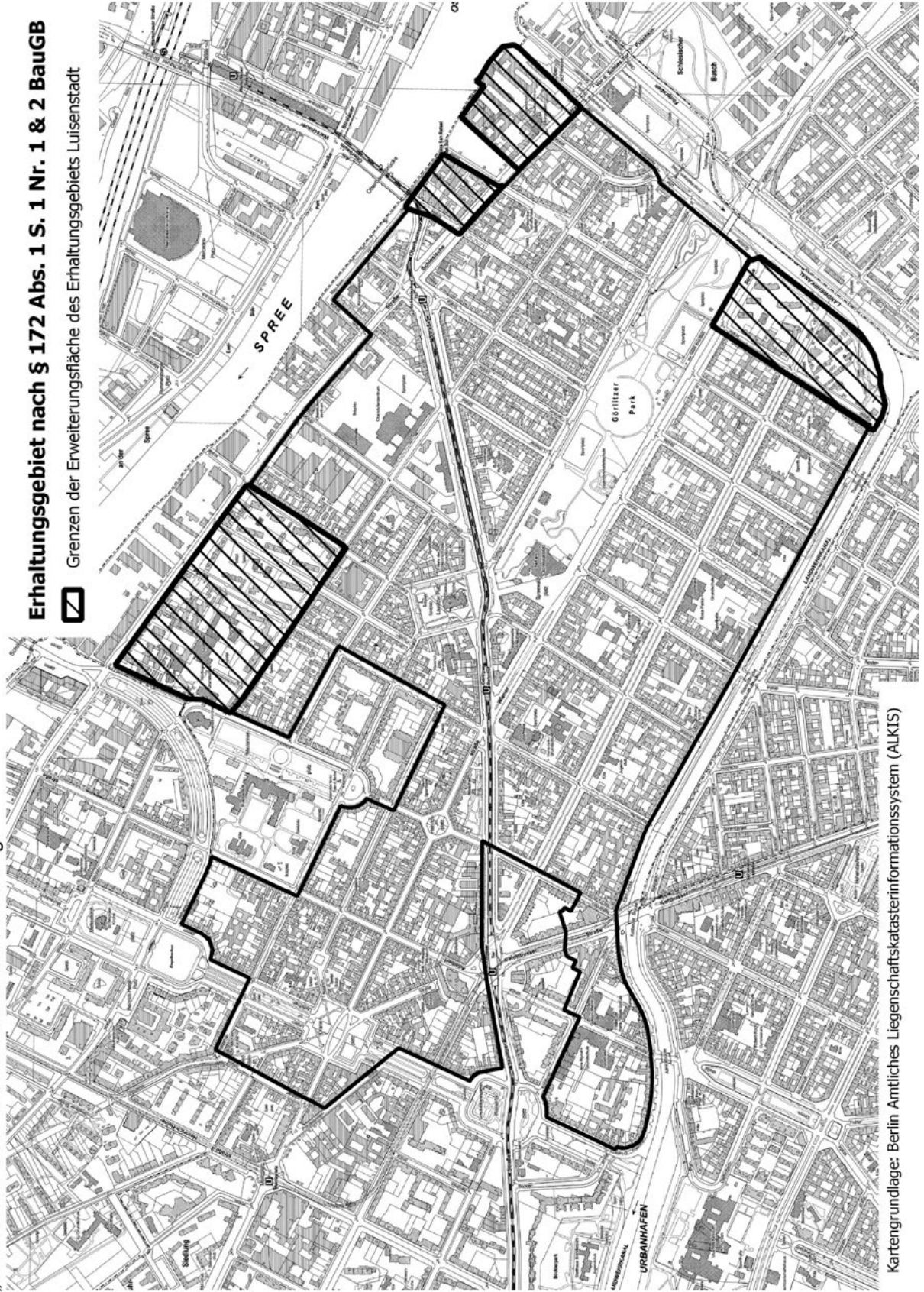
Stellvertretender
Bezirksbürgermeister

Bezirksstadtrat für Bauen, Planen
und Facility Management

Anhang (2 Karten)

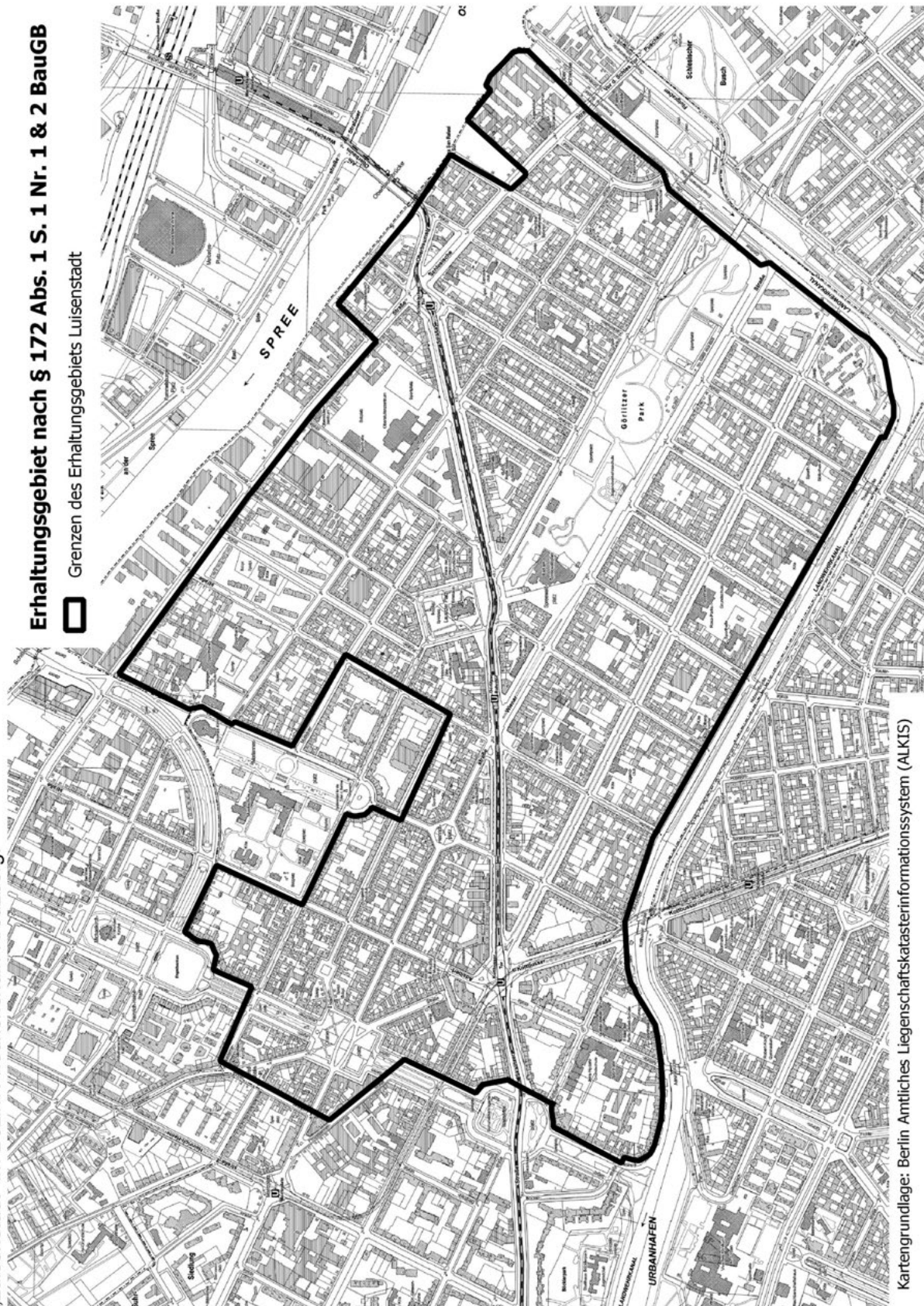
Anhang 1: Karte der Erweiterungsfläche

Zu §1 der Verordnung zur Änderung der Erhaltungsverordnung gemäß 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 BauGB für das Gebiet „Luisenstadt“ im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.



Anhang 2: Karte des Erhaltungsgebiets „Luisenstadt“

Zu §1 der Verordnung zur Änderung der Erhaltungsverordnung gemäß 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 BauGB für das Gebiet „Luisenstadt“ im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.



Verordnung

gemäß § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Baugesetzbuchs zur Änderung der Erhaltungsverordnung gemäß § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Baugesetzbuchs für das Gebiet „Bergmannstraße-Nord“ im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin vom 4. Februar 2003 (GVBl. S. 119)

Vom 10. Juli 2018

Auf Grund des § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 30 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs (AGBauGB) in der Fassung vom 7. November 1999 (GVBl. S. 578), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. Dezember 2017 (GVBl. S. 664), wird verordnet:

§ 1

Erweiterung des Geltungsbereichs

Der räumliche Geltungsbereich der Erhaltungsverordnung „Bergmannstraße-Nord“ wird um die zwei Blöcke 016222 und 016225, die von der Mittenwalder Straße, Gneisenaustraße, Bergmannstraße und dem Südsterm begrenzt werden, erweitert (Erweiterungsfläche siehe Anhang 1). Damit gilt die Verordnung zur Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung gemäß § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 BauGB für das in der anliegenden Karte mit einer durchgezogenen Linie eingegrenzte Gebiet „Bergmannstraße-Nord“ im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin. Die Innenkante der Linie bildet die Gebietsgrenze. Die Karte ist Bestandteil dieser Verordnung (Anhang 2).

§ 2

Zuständigkeit

Die Durchführung der Verordnung obliegt dem Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin.

§ 3

Verletzung von Vorschriften

(1) Wer die Rechtswirksamkeit dieser Verordnung überprüfen lassen will, muss

1. eine beachtliche Verletzung der Verfahrens- und Formvorschriften, die in § 214 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3 des BauGB bezeichnet sind,

2. nach § 214 Absatz 3 Satz 2 des BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,
3. eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften, die im AGBauGB enthalten sind,

innerhalb eines Jahres seit der Verkündung dieser Verordnung gegenüber dem Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin schriftlich geltend machen. Der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen. Nach Ablauf der in Satz 1 genannten Fristen werden die in den Nummern 1 bis 3 genannten Verletzungen oder Mängel gemäß § 215 Absatz 1 BauGB und gemäß § 32 Absatz 2 AGBauGB unbeachtlich.

(2) Die Beschränkung des Absatzes 1 gilt nicht, wenn die für die Verkündung dieser Verordnung geltenden Vorschriften verletzt worden sind.

§ 4

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 10. Juli 2018

Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin

M i l d n e r - S p i n d l e r

S c h m i d t

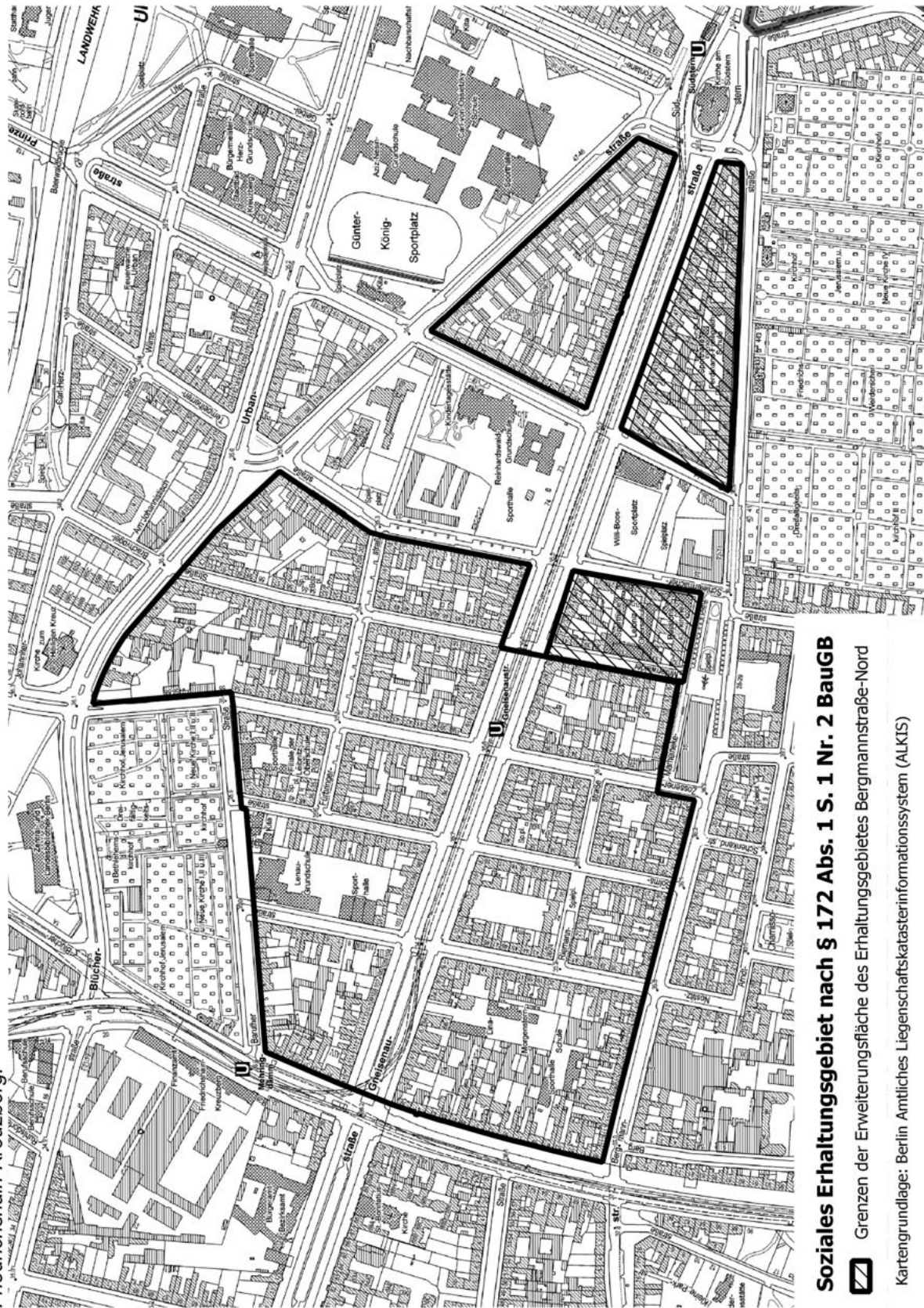
Stellvertretender
Bezirksbürgermeister

Bezirksstadtrat für Bauen, Planen
und Facility Management

Anhang (2 Karten)

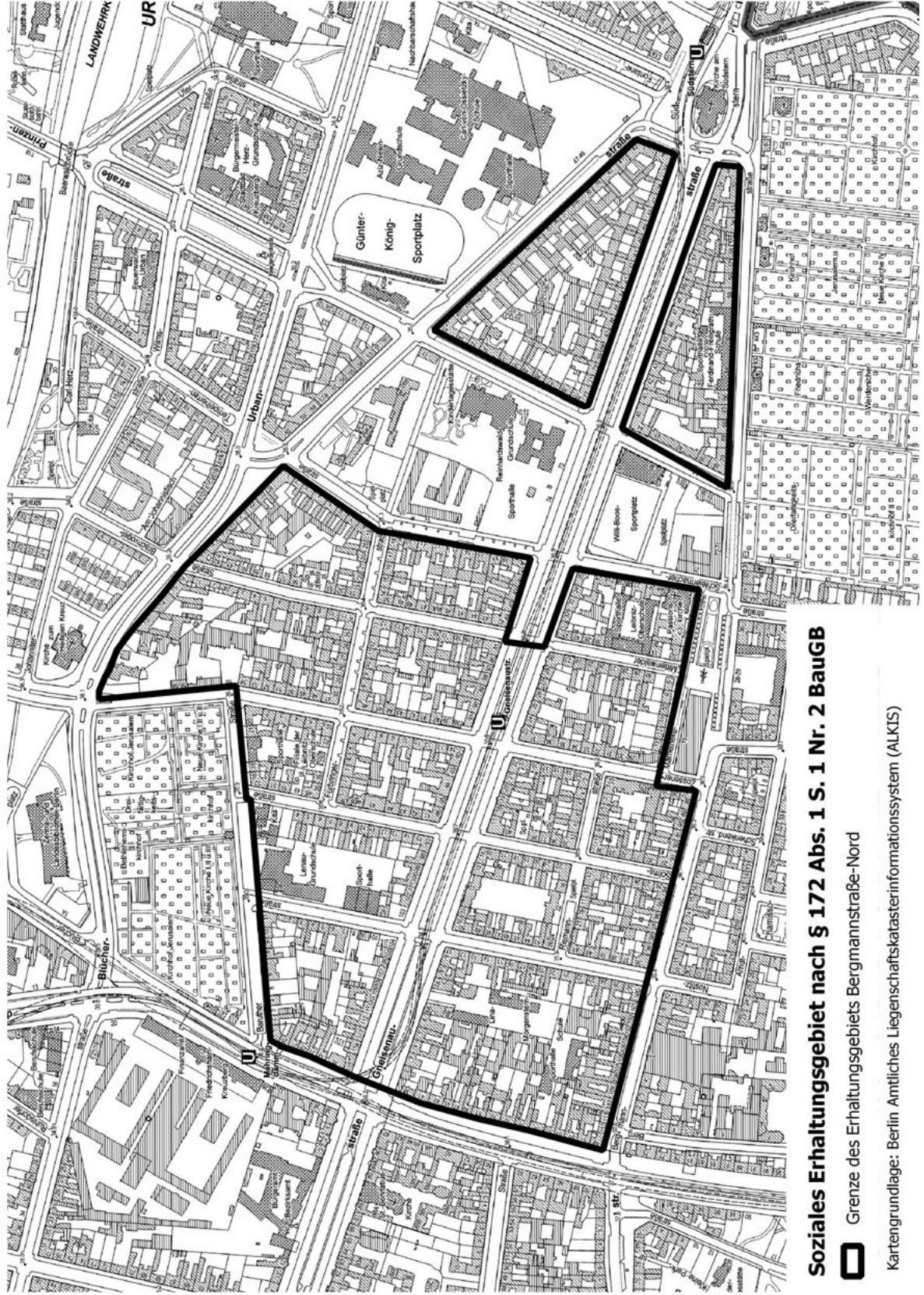
Anhang 1: Karte der Erweiterungsfläche

Zu §1 der Verordnung zur Änderung der Erhaltungsverordnung gemäß 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 BauGB für das Gebiet „Bergmannstraße-Nord“ im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.




Anhang 2: Karte des sozialen Erhaltungsgebiets „Bergmannstraße-Nord“

Zu §1 der Verordnung zur Änderung der Erhaltungsverordnung gemäß 172 Abs. 1 Satz 1 Nummer 2 BauGB für das Gebiet „Bergmannstraße-Nord“ im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.



Soziales Erhaltungsgebiet nach § 172 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 BauGB

 Grenze des Erhaltungsgebiets Bergmannstraße-Nord

Kartengrundlage: Berlin Amtliches Liegenschaftskatasterinformationssystem (ALKIS)

Verordnung zur Verhütung von Schäden durch Kampfmittel**(Kampfmittelverordnung – KampfmittelV)**

Vom 17. Juli 2018

Auf Grund der §§ 55 und 57 des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Oktober 2006 (GVBl. S. 930), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 16. März 2018 (GVBl. S. 186) geändert worden ist, verordnet der Senat:

§ 1**Zweck, Begriffsbestimmungen**

(1) Diese Verordnung dient der Abwehr der von Kampfmitteln ausgehenden Gefahren.

(2) Sie verfolgt das Ziel, diese Gefahren durch Bergungen sukzessive zu reduzieren, ohne die Herstellung einer Kampfmittelfreiheit zu verlangen. Bei Grundstücken, für die keine Kampfmittelfreiheit besteht, kann eine Gefahr nicht uneingeschränkt und verbindlich ausgeschlossen werden.

(3) Im Sinne dieser Verordnung

1. sind Kampfmittel gewahrsamslos gewordene Gegenstände militärischer Herkunft und Teile solcher Gegenstände, die
 - a) Explosivstoffe oder Rückstände dieser Stoffe enthalten oder aus Explosivstoffen oder deren Rückständen bestehen, zum Beispiel Gewehrpatronen, Granaten, Bomben, Zünder, Minen, Spreng- und Zündmittel,
 - b) Kampfstoffe, Nebelstoffe, Brandkampfstoffe, Reizstoffe oder Rückstände dieser Stoffe enthalten,
 - c) Munition oder Teile von Munition sind und keine Explosivstoffe enthalten, beispielsweise nicht sprengfähige Zünder und Zündsysteme, Exerziermunition, Granaten- und Bombenkörper ohne Füllung, oder
 - d) Kriegswaffen und wesentliche Teile von Kriegswaffen sind,
2. ist die Ermittlung von Kampfmitteln die Recherche nach konkreten Anhaltspunkten für eine Kampfmittelbelastung,
3. ist die Bergung von Kampfmitteln das systematische Sondieren und Absuchen einer Fläche auf Belastungen mit Kampfmitteln sowie das Aufgraben und Freilegen,
4. ist die Beseitigung von Kampfmitteln das Entschärfen, Befördern und Vernichten von Kampfmitteln,
5. ist die Senatsverwaltung die für die Ermittlung und Bergung von nicht-chemischen Kampfmitteln zuständige Senatsverwaltung,
6. ist die Polizei die für die Ermittlung, Bergung und Beseitigung von abgelagerten chemischen Kampfmitteln sowie die Beseitigung von nicht-chemischen Kampfmitteln zuständige Behörde,
7. sind Kampfmittelverdachtsflächen Grundstücke, bei denen sich nach Erkenntnissen der Senatsverwaltung, die im Wesentlichen auf der Auswertung von Luftbildern beruhen, mindestens ein konkreter und nicht sonderer Anhaltspunkt für das mögliche Vorhandensein von Kampfmitteln ergeben hat,
8. bedeutet Kampfmittelfreiheit, dass Grundstücke bereits nach den anerkannten Regeln der Technik mit einem eine Kampfmittelbelastung ausschließenden Ergebnis vollständig sondiert wurden oder für diese Grundstücke ein ausreichender Beräumungsnachweis vorliegt.

§ 2**Anzeigepflichten**

(1) Wer Kampfmittel entdeckt oder besitzt oder Fund- oder Lagerstellen kennt, an denen vergrabene, verschüttete oder überflutete

Kampfmittel liegen, ist verpflichtet, dies unverzüglich der Senatsverwaltung oder der Polizei anzuzeigen.

(2) Unberührt bleiben

1. hinsichtlich der Kampfmittel, die zugleich Kriegswaffen im Sinne des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. November 1990 (BGBl. I S. 2506), das zuletzt durch Artikel 6 Absatz 2 des Gesetzes vom 13. April 2017 (BGBl. I S. 872) geändert worden ist, sind, die Anzeigepflichten nach § 12 Absatz 6 Satz 1 Nummer 1 bis 4 des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen,
2. hinsichtlich der Kampfmittel, die zugleich Waffen oder Munition im Sinne des Waffengesetzes vom 11. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3970, 4592; 2003 I S. 1957), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 30. Juni 2017 (BGBl. I S. 2133) geändert worden ist, sind, die Anzeigepflichten nach § 37 Absatz 1 des Waffengesetzes.

§ 3**Verbote**

(1) Es ist verboten,

1. Kampfmittel zu bergen, zu beseitigen, zu berühren, ihre Lage zu verändern oder sie in Besitz zu nehmen oder
2. Flächen, auf denen Kampfmittel entdeckt worden und die als Gefahrenbereich gekennzeichnet sind, zu betreten oder Anlagen oder Vorrichtungen zur Kennzeichnung von Gefahrenbereichen zu beschädigen, unwirksam zu machen oder ohne Zustimmung der Senatsverwaltung zu beseitigen.

(2) Die vorstehenden Verbote gelten nicht für die Polizei, die Senatsverwaltung sowie zugelassene Unternehmen nach den §§ 7, 9 und 19 des Sprengstoffgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. September 2002 (BGBl. I S. 3518), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. Juni 2017 (BGBl. I S. 1586) geändert worden ist.

§ 4**Pflichten zugelassener Unternehmen**

(1) Die nach § 3 Absatz 2 zugelassenen Unternehmen haben den Beginn der Arbeiten zur Bergung von Kampfmitteln im Voraus und das Ende der Arbeiten unverzüglich sowohl der Senatsverwaltung als auch der Polizei schriftlich oder elektronisch anzuzeigen. Der Ergebnisbericht der durchgeführten Bergung ist der Senatsverwaltung innerhalb von zwei Monaten nach deren Ende unaufgefordert zu übermitteln.

(2) Der nach Absatz 1 Satz 2 übermittelte Ergebnisbericht muss mindestens die untersuchte Fläche, das für die Bergung verwendete Sondierverfahren und die Tiefe der Bergung, bezogen auf die Geländeoberkante, beinhalten. Die untersuchte Fläche ist als geschlossener Polygonzug mit den Koordinaten seiner Eckpunkte darzustellen.

(3) Werden Kampfmittel geborgen, ist der übermittelte Ergebnisbericht nach Absatz 2 um die Angaben zu Art, Menge und um die Koordinaten der Fundorte inklusive der Tiefenlage der Kampfmittel, bezogen auf die Geländeoberkante, zu ergänzen. Die nach § 3 Absatz 2 zugelassenen Unternehmen übergeben der Senatsverwaltung eine Kopie der Liste aller der Polizei zur Beseitigung übergebenen Kampfmittel.

(4) Einzelheiten zur Übermittlung von Ergebnisberichten werden in einer Verwaltungsvorschrift der Senatsverwaltung geregelt.

§ 5

Verantwortlichkeit

(1) Teilt die Eigentümerin oder der Eigentümer eines Grundstücks oder die Inhaberin oder der Inhaber der tatsächlichen Gewalt über ein Grundstück der Senatsverwaltung die Absicht mit, auf dem Grundstück Eingriffe in den Boden vorzunehmen, ermittelt die Senatsverwaltung, ob das betreffende Grundstück eine Kampfmittelverdachtsfläche darstellt.

(2) Ist das betroffene Grundstück als Kampfmittelverdachtsfläche eingestuft, weist die Senatsverwaltung in ihrer Antwort auf die Mitteilung nach Absatz 1 darauf hin, dass bei geplanten Bodeneingriffen der Verdacht einer Gefährdung für Leib und Leben besteht, die es im Interesse der Sicherheit und Gesundheit von Menschen auszuräumen gilt.

(3) Unter Beachtung der Verbote nach § 3 obliegt die ordnungsgemäße Bergung von Kampfmitteln der Eigentümerin oder dem Eigentümer des Grundstücks oder der Inhaberin oder dem Inhaber der tatsächlichen Gewalt über das Grundstück.

(4) Einzelheiten zur Mitteilung nach Absatz 1 sowie zur Bergung nach Absatz 3 werden in einer Verwaltungsvorschrift der Senatsverwaltung geregelt.

§ 6

Grundstücke mit erlassenen Anordnungen

Lässt die Eigentümerin oder der Eigentümer eines Grundstücks, für das eine von Kampfmitteln ausgehende konkrete Gefahr festgestellt und eine hierauf bezogene Maßnahme gegen die Eigentümerin oder den Eigentümer angeordnet wurde, von einem zugelassenen Unternehmen für dieses Grundstück keine Kampfmittelfreiheit herstellen und verkauft die Eigentümerin oder der Eigentümer dieses Grundstück, teilt sie oder er der Senatsverwaltung unverzüglich nach Abschluss des notariell beurkundeten Kaufvertrags den Namen und die Anschrift der Käuferin oder des Käufers schriftlich oder elektronisch mit.

§ 7

Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig im Sinne des § 57 des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 2 Absatz 1 die Entdeckung oder den Besitz von Kampfmitteln oder die Kenntnis von Fund- oder Lagerstellen nicht unverzüglich anzeigt,
2. entgegen § 3 Absatz 1 Nummer 1 Kampfmittel birgt, beseitigt, berührt, ihre Lage verändert oder sie in Besitz nimmt,
3. entgegen § 3 Absatz 1 Nummer 2 gekennzeichnete Flächen betritt oder Anlagen oder Vorrichtungen zur Kennzeichnung von Gefahrenbereichen beschädigt, unwirksam macht oder unbefugt beseitigt,
4. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 1 als zugelassenes Unternehmen nach § 3 Absatz 2 mit den Arbeiten zur Bergung von Kampfmitteln beginnt, ohne den Beginn der Arbeiten im Voraus angezeigt zu haben,
5. entgegen § 4 Absatz 1 Satz 2 den Ergebnisbericht der durchgeführten Bergung nicht fristgerecht übermittelt,
6. entgegen § 4 Absatz 2 und Absatz 3 Satz 1 den Ergebnisbericht der durchgeführten Bergung nicht mit den geforderten Angaben übermittelt,
7. entgegen § 6 nicht unverzüglich nach Abschluss des notariell beurkundeten Kaufvertrags den Namen und die Anschrift der Käuferin oder des Käufers mitteilt oder
8. gegen Anordnungen der Senatsverwaltung oder der Polizei im Regelungsbereich dieser Verordnung verstößt.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße von bis zu fünfzigtausend Euro geahndet werden.

§ 8

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

(2) Sie tritt mit Ablauf des 27. Juli 2028 außer Kraft.

Berlin, den 17. Juli 2018

Der Senat von Berlin

Ramona P o p

Bürgermeisterin

R. G ü n t h e r

Senatorin für Umwelt,
Verkehr und Klimaschutz

Veröffentlichung**zum Bestand des Sondervermögens Immobilien des Landes Berlin**

Gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 und 3 des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Immobilien des Landes Berlin (SILB) vom 4. Dezember 2002 (GVBl. S. 357), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Juli 2006 (GVBl. S. 832), wird folgende Änderung des Sondervermögens veröffentlicht:

Das Abgeordnetenhaus von Berlin hat mit Beschluss vom 26. April 2018, Drs. 18/0994, folgendes Grundstück dem Sondervermögen rückwirkend vom 1. Juni 2017 zugewiesen:

- Ferdinand-Schultze-Str. 55, Berlin-Lichtenberg, Flur 20, Flurst. 390 mit 362 m², und Flurst. 392 mit 45 m² sowie Flur 21, Flurst. 409 mit 721 m², Flurst. 416 mit 70 m², Flurst. 423 mit 3.726 m², Flurst. 425 mit 6.637 m², Flurst. 411 mit 1.615 m², Flurst. 415 mit 719 m², Flurst. 419 mit 1.811 m² und Flurst. 426 mit 26 m².

Unter der Zeilenüberschrift

| Lage/Adresse | Bezirk | Gemarkung | Flur | Flurstück | Grundstücksfläche in m ² | Bemerkungen |
|--------------|--------|-----------|------|-----------|-------------------------------------|-------------|
|--------------|--------|-----------|------|-----------|-------------------------------------|-------------|

wird im Abschnitt A – Allgemeiner Bestand – der Anlage (zu § 1 Absatz 2 Satz 1) nach der Zeile

| | | | | | | |
|--|----------------------------|-------------|-----|--------|--------|--|
| Fehrbelliner Platz 4, Brienner Str. 16, 16a, Barstr. 6 | Charlottenburg-Wilmersdorf | Wilmersdorf | 002 | 20/032 | 10.826 | |
|--|----------------------------|-------------|-----|--------|--------|--|

folgende Zeile neu eingefügt:

| | | | | | | |
|----------------------------|-------------|------------------|-----|-----|-------|--|
| Ferdinand-Schultze-Str. 55 | Lichtenberg | Hohenschönhausen | 20 | 390 | 362 | |
| | | | | 392 | 45 | |
| | | | 21 | 409 | 721 | |
| | | | | 416 | 70 | |
| | | | | 423 | 3.726 | |
| | | | | 425 | 6.637 | |
| | | | | 411 | 1.615 | |
| | | | | 415 | 719 | |
| | | | | 419 | 1.811 | |
| | | | 426 | 26 | | |

Berlin, den 4. Juli 2018

Senatsverwaltung für Finanzen

Im Auftrag
Hans-Jürgen Reil

Veröffentlichung

zum Bestand des Sondervermögens Immobilien des Landes Berlin

Gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Immobilien des Landes Berlin (SILB) vom 4. Dezember 2002 (GVBl. S. 357), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Juli 2006 (GVBl. S. 832), werden folgende Änderungen des Sondervermögens veröffentlicht:

Das Abgeordnetenhaus von Berlin hat mit Beschluss vom 19. Oktober 2017, Drs. 18/0596, folgende Grundstücke und Grundstücksteilflächen dem Sondervermögen zum Zwecke der Nutzung für Unterkünfte zur Unterbringung von Geflüchteten zum 1. Januar 2018 zu gewiesen:

1. Carola-Neher-Str. 61, 65/Maxie-Wander-Str. 78, Berlin-Marzahn-Hellersdorf, Flur 1, Flurst. 567 mit ca. 8.649 m²,
2. Alt-Moabit 82 B, Berlin-Mitte, Flur 50, Flurst. 10 mit 2.066 m²,
3. Staakener Str. 79, Berlin-Spandau, Flur 1, Flurst. 1078 mit 3.349 m², Flurst. 1082 mit 191 m², Flurst. 1321 mit ca. 1.295 m², Flurst. 1934/127 mit ca. 595 m²,
4. Storkower Str. 139 C, Berlin-Pankow, Flur 115, Flurst. 299 mit 2.048 m²,
5. Am Großen Wannsee 72, 74, 76, 77, 80 Zum Heckeshorn 33, Berlin-Steglitz-Zehlendorf, Flur 11, Flurst. 206 mit ca. 20.851 m² und Zum Heckeshorn 23, 27, 31, Flurst. 205 mit 13.888 m²,
6. Kirchhainer Damm 74, Berlin-Tempelhof-Schöneberg, Flur 1, Flurst. 2095 mit 20.398 m²,
7. Salvador-Allende-Str. 89, 91, Berlin-Treptow-Köpenick, Flur 453, Flurst. 302 mit 6.392 m²,
8. Wartenberger Str. 120, 120A, 120B, 120C, 120D, 120E, 120F, Berlin-Lichtenberg, Flur 3, Flurst. 201 mit ca. 11.364 m², (neu nach Fortführungsvermessung: Flurst. 560 mit 11.192 m²),
9. Albert-Kuntz-Straße (neben 41), Berlin-Marzahn-Hellersdorf, Flur 3, Flurst. 252 mit 75 m² und Flurst. 251 mit ca. 7.037 m², (neu nach Fortführungsvermessung: Albert-Kuntz-Str. 61, 63, 65, 67, 69, 71, 73, Flurst. 1097 mit 7.037 m²),
10. Blumberger Damm, Berlin-Marzahn-Hellersdorf, Flur 255, Flurst. 134 mit ca. 193 m², Rudolf-Leonhard-Straße (nicht betriebsnotwendig), Flur 245, Flurst. 208 mit ca. 1.448 m² (neu nach Fortführungsvermessung: Rudolf-Leonhard-Str. 13, 13A; 13B, 13C, 13D, 13E, 13F, Flurst. 377 mit 1.452 m²), Flurst. 209 mit ca. 162 m² (neu nach Fortführungsvermessung: Rudolf-Leonhard-Str. 13, 13A; 13B, 13C, 13D, 13E, 13F, Flurst. 378 mit 153 m²), Rudolf-Leonhard-Str. 15, Flur 245, Flurst. 207 mit ca. 8.293 m² (neu nach Fortführungsvermessung: Rudolf-Leonhard-Str. 13, 13A; 13B, 13C, 13D, 13E, 13F; Flurst. 374 mit 8.305 m²),
11. Wittenberger Str. 16, 16 A, 16 B, 16 C, 18, 18 A, 18 B, Berlin-Marzahn-Hellersdorf, Flur 276, Flurst. 172 mit 7.249 m²,
12. Paul-Schwenk-Str. 3, 5, 7, 9, 11, 13, 15, Berlin-Marzahn-Hellersdorf, Flur 228, Flurst. 382 mit 6.761 m²,
13. Kiefholzstr. 71, 71A, 71B, 71C, 74, Berlin-Neukölln, Flur 112, Flurst. 5 mit ca. 3.743 m² (neu nach Fortführungsvermessung: Kiefholzstr. 71, 71A, 71B, 71C, Flurst. 8 mit 3.741 m²), Flurst. 6 mit ca. 309 m² (neu nach Fortführungsvermessung: Kiefholzstr. 71, 71A, 71B, 71C; Flurst. 10 mit 310 m²),
14. Ernst-Busch-Str. 25 Wolfgang-Heinz-Str. 45A bis G, Berlin-Pankow, Flur 67, Flurst. 101 mit ca. 6.526 m² (neu nach Fortführungsvermessung: Wolfgang-Heinz-Str. 45A; 45B, 45C, 45D, 45E, 45F, 45G, Flurst. 105 mit 6.993 m²).

Unter der Zeilenüberschrift

| Lage/Adresse | Bezirk | Gemarkung | Flur | Flurstück | Grundstücksfläche in m ² | Bemerkungen |
|--------------|--------|-----------|------|-----------|-------------------------------------|-------------|
|--------------|--------|-----------|------|-----------|-------------------------------------|-------------|

werden a)
zu 9., 2., 5. und 1.

im Abschnitt – Grundstücke zur Unterbringung von Flüchtlingen (sog. SILB-Sockelportfolio) – der Anlage (zu § 1 Absatz 2 Satz 1) vor der Zeile

| | | | | | | |
|--|--------------------------------|---------------------|----|-----|--------|------------|
| Eschenallee 1 A, 3/ Akazienallee 34, 36/ Nußbaumallee 35, 38 | Charlottenburg- Wilmersdorf | Charlotten- burg | 14 | 499 | 21.152 | Anlage I 1 |
|--|--------------------------------|---------------------|----|-----|--------|------------|

folgende Zeilen mit folgenden Anlagen neu eingefügt:

| | | | | | | |
|--|-------------------------|-------------|----|-------------|-------------|---|
| Albert-Kuntz-Str. Albert-Kuntz-Str. 61, 63, 65, 67, 69, 71, 73 | Marzahn-Hellersdorf | Hellersdorf | 3 | 252 1097 | 75 7.037 | |
| Alt-Moabit 82 B | Mitte | Tiergarten | 50 | 310 | 2.066 | |
| Am Großen Wannsee 72, 74, 76, 77, 80 Zum Heckeshorn 33 | Steglitz- Zehlendorf | Wannsee | 11 | 206 | ca. 20.851 | Teilfläche, beschreibender Flächenverlauf A; B; C; D; E; F; G; H; I; J; K; L; M; N; O; P; Q; A (Anlage I 0 a) |
| Zum Heckeshorn 23, 27, 31 | | | | 205 | 13.888 | |

| | | | | | | |
|--|---------------------|-------------|---|-----|-----------|---|
| Carola-Neher-Str. 61,65/ Maxie-Wander-Str. 78 | Marzahn-Hellersdorf | Hellersdorf | 1 | 567 | ca. 8.649 | Teilfläche, beschreibender Flächenverlauf A; B; C; D; E; F; G; H; I; A (Anlage I 0 b) |
|--|---------------------|-------------|---|-----|-----------|---|

werden b)

zu 13. und 6.

im Abschnitt – Grundstücke zur Unterbringung von Flüchtlingen (sog. SILB-Sockelportfolio) – der Anlage (zu § 1 Absatz 2 Satz 1) vor der Zeile

| | | | | | | |
|-------------------|---------|--------|---|-----|--------|------------|
| Kladower Damm 333 | Spandau | Kladow | 3 | 421 | 14.260 | Anlage I 3 |
|-------------------|---------|--------|---|-----|--------|------------|

folgende Zeilen neu eingefügt:

| | | | | | | |
|-----------------------------------|----------|----------|-----|---------|--------------|--|
| Kiefholzstr. 71, 71A, 71B, 71C | Neukölln | Neukölln | 112 | 8 10 | 3.741 310 | |
|-----------------------------------|----------|----------|-----|---------|--------------|--|

| | | | | | | |
|---------------------|----------------------|-------------|---|------|--------|--|
| Kirchhainer Damm 74 | Tempelhof-Schöneberg | Lichtenrade | 1 | 2095 | 20.398 | |
|---------------------|----------------------|-------------|---|------|--------|--|

werden c)

zu 12., 10., 7., 3., 4., 8., 11. und 14.

im Abschnitt – Grundstücke zur Unterbringung von Flüchtlingen (sog. SILB-Sockelportfolio) – der Anlage (zu § 1 Absatz 2 Satz 1) nach den Grundstücksteilflächen Leonorenstr. 17; 33, 33 A folgende Zeilen mit folgender Anlage neu eingefügt:

| | | | | | | |
|---|---------------------|---------|-----|-----|-------|--|
| Paul-Schwenk-Str. 3, 5, 7, 9, 11, 13, 15 | Marzahn-Hellersdorf | Marzahn | 228 | 382 | 6.761 | |
|---|---------------------|---------|-----|-----|-------|--|

| | | | | | | |
|---|---------------------|---------|-----|-------------------|-----------------------|--|
| Rudolf-Leonhard-Str. 13, 13A; 13B, 13C, 13D, 13E, 13F | Marzahn-Hellersdorf | Marzahn | 245 | 377 378 374 | 1.452 153 8.305 | |
|---|---------------------|---------|-----|-------------------|-----------------------|--|

| | | | | | | |
|------------------------------|------------------|----------|-----|-----|-------|--|
| Salvador-Allende-Str. 89, 91 | Treptow-Köpenick | Köpenick | 453 | 302 | 6.392 | |
|------------------------------|------------------|----------|-----|-----|-------|--|

| | | | | | | |
|-------------------|---------|--------------|---|--------------------------------------|---|---|
| Staakener Str. 79 | Spandau | Klosterfelde | 1 | 1078 1082 1321 1934/127 | 3.349 191 ca.1.295 ca. 595 | Teilfläche, beschreibender Flächenverlauf A;B;C;D;E;F;G;H;I;J;A, Teilfläche, beschreibender Flächenverlauf a;b;c;d;e;a (Anlage I 5) |
|-------------------|---------|--------------|---|--------------------------------------|---|---|

| | | | | | | |
|----------------------|--------|--------------|-----|-----|-------|--|
| Storkower Str. 139 C | Pankow | Prenzl. Berg | 115 | 299 | 2.048 | |
|----------------------|--------|--------------|-----|-----|-------|--|

| | | | | | | |
|---|-------------|-------------------|---|-----|--------|--|
| Wartenberger Str. 120, 120A, 120B, 120C, 120D, 120E, 120F | Lichtenberg | Wartenberg Gut | 3 | 560 | 11.192 | |
|---|-------------|-------------------|---|-----|--------|--|

| | | | | | | |
|--|---------------------|---------|-----|-----|-------|--|
| Wittenberger Str. 16, 16A, 16B, 16C, 18, 18A, 18B | Marzahn-Hellersdorf | Marzahn | 276 | 172 | 7.249 | |
|--|---------------------|---------|-----|-----|-------|--|

| | | | | | | |
|---|--------|--------|----|-----|-------|--|
| Wolfgang-Heinz-Str. 45A, 45B, 45C, 45D, 45E, 45F, 45G | Pankow | Pankow | 67 | 105 | 6.993 | |
|---|--------|--------|----|-----|-------|--|

Berlin, den 5. Juli 2018

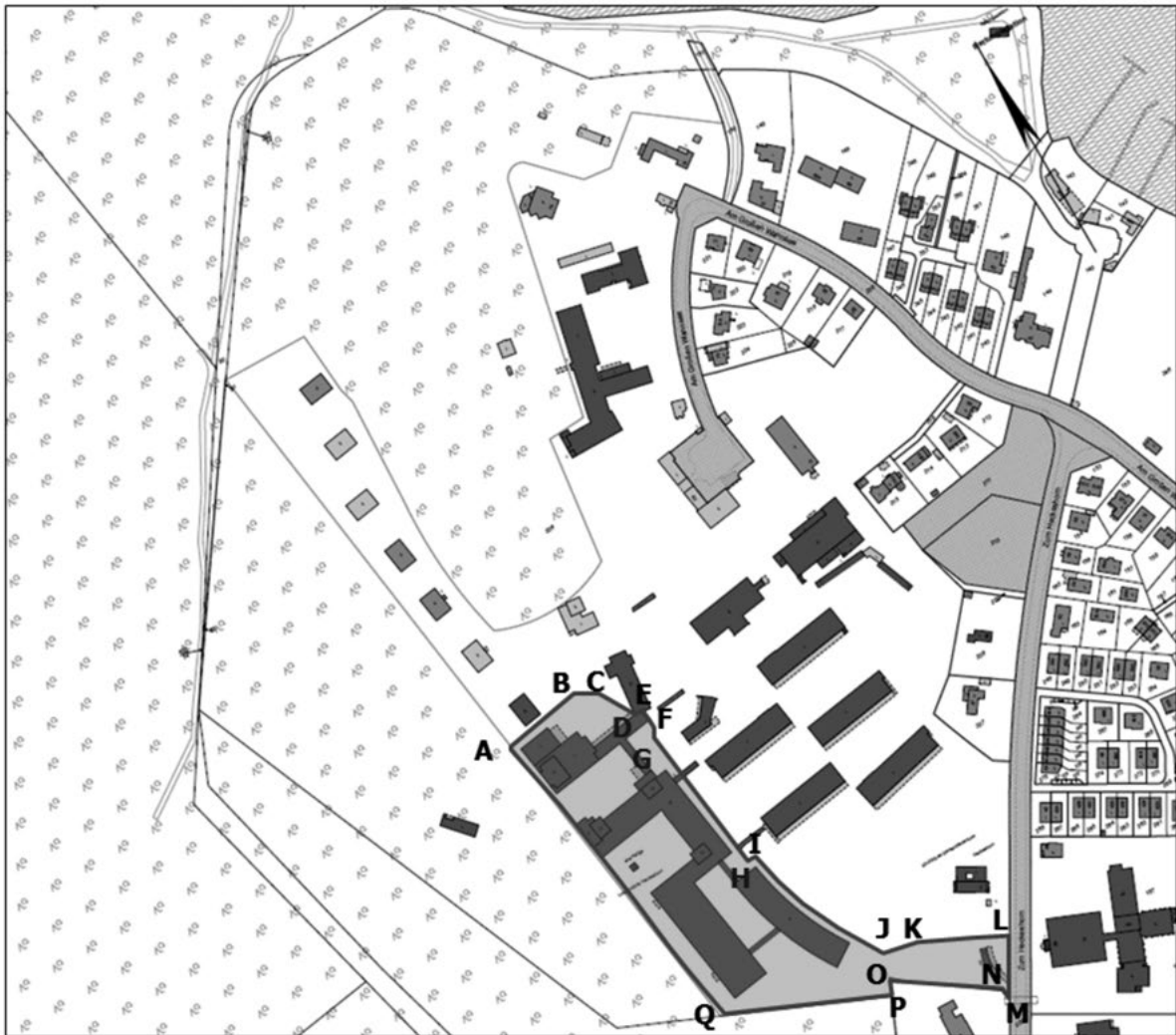
Senatsverwaltung für Finanzen

Im Auftrag

Hans-Jürgen Reil

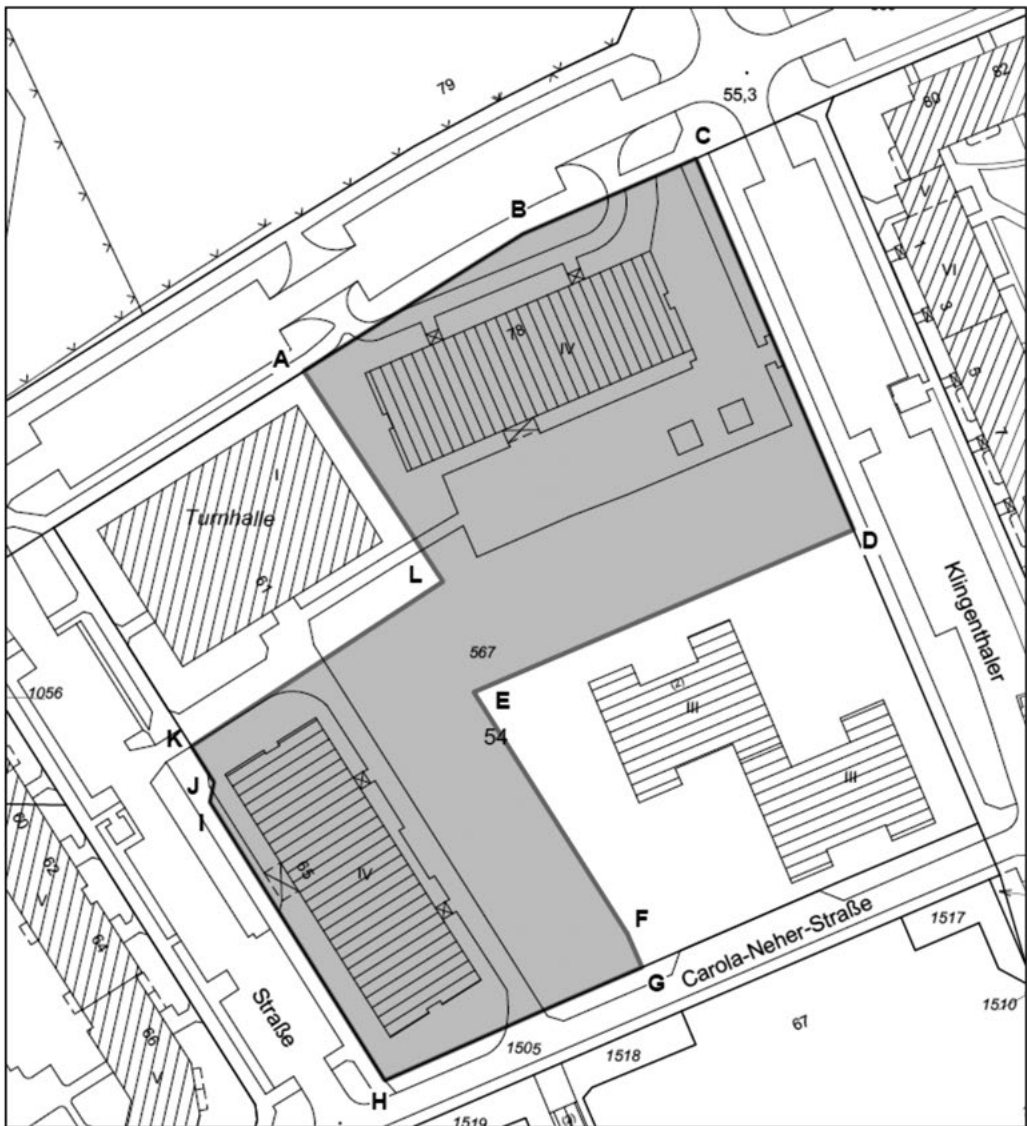
Anlage I 0 a

Berlin-Steglitz-Zehlendorf, Am Großen Wannsee 72, 74, 76, 77, 80, Zum Heckeshorn 33, 23, 27, 31



Aus dem Treuhandvermögen der Liegenschaftsfonds Berlin GmbH & Co. KG in das SILB zu übertragende Teilfläche des Flurstücks 206; beschreibender Flächenverlauf A-B-C-D-E-F-G-H-I-J-K-L-M-N-O-P-Q-A

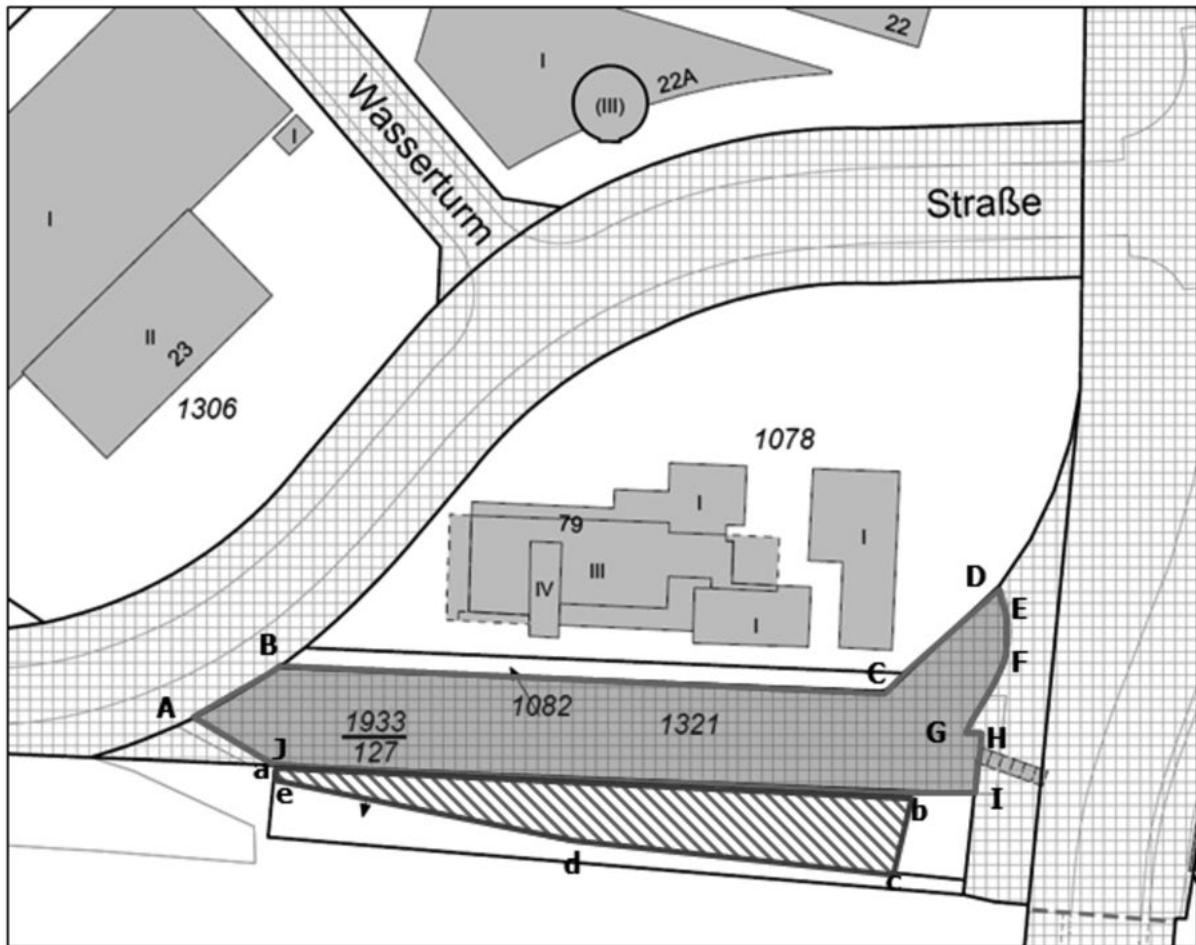
Anlage I 0 b
Berlin-Marzahn-Hellersdorf, Carola-Neher-Str. 61/65/Maxie-Wander-Str. 78



Aus dem Treuhandvermögen der Liegenschaftsfonds Berlin GmbH & Co. KG in das SILB zu übertragende Teilfläche des Flurstücks 567; beschreibender Flächenverlauf A-B-C-D-E-F-G-H-I-J-K-L-A

Anlage I 5

Berlin-Spandau, Staakener Str. 79



Aus dem Treuhandvermögen der
Liegenchaftsfonds Berlin
GmbH & Co. KG in das SILB zu übertragende
Teilfläche des Flurstücks 1321;
beschreibender Flächenverlauf A-B-C-D-E-F-G-H-I-
J-A



Aus dem Treuhandvermögen der
Liegenchaftsfonds Berlin
GmbH & Co. KG in das SILB zu übertragende
Teilfläche des Flurstücks 1934/127;
beschreibender Flächenverlauf a-b-c-d-e-a

Herausgeber:

Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung,
Salzburger Straße 21–25, 10825 Berlin

Redaktion:

Salzburger Straße 21–25, 10825 Berlin
Telefon: 030/9013 3380, Telefax: 030/9013 2000
E-Mail: gvbl@senjustva.berlin.de
Internet: www.berlin.de/sen/justva

Verlag und Vertrieb:

Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Luxemburger Straße 449, 50939 Köln
Telefon: 0221/94373-7000, Telefax 0221/94373-72015
Kundenservice: Telefon 0263 1/801-2222, E-Mail: info-wkd@wolterskluwer.com
www.wolterskluwer.com, www.wolterskluwer.de

Bezugspreis:

Vierteljährlich 17,40 € inkl. Versand und MwSt. bei sechswöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten. Der angewandte Steuersatz beträgt 7% für das Printprodukt und 19% für die Online-Komponente. Laufender Bezug und Einzelhefte durch den Verlag.
Preis dieses Heftes 4,80 € zzgl. Versand

Druck:

Druckhaus Tecklenborg, Siemensstraße 4, 48565 Steinfurt

Wolters Kluwer Deutschland GmbH
Heddendorfer Straße 31a • 56564 Neuwied
Postvertriebsstück • 03227 • Entgelt bezahlt • Deutsche Post AG